

Götter neben ihm, die sich Hoheiten und Allerhöchste, heilig und unverantwortlich nennen lassen, daß Gott alle Menschen frei und gleich in ihren Rechten schuf, und daß keine Obrigkeit von Gott zum Segen verordnet ist als die, welche auf das Vertrauen des Volkes sich gründet und vom Volke ausdrücklich oder stillschweigend erwählt ist, daß die Obrigkeit, die Gewalt, aber kein Recht über ein Volk hat, nur also von Gott ist, wie der Teufel auch von Gott ist, und daß der Gehorsam gegen eine solche Teufelsobrigkeit nur so lange gilt, bis ihre Teufelsgewalt gebrochen werden kann, — daß der Gott, der ein Volk durch eine Sprache zu einem Leibe vereinigte, die Gewaltigen, die es zerfleischen und verteilen oder gar in dreifig Stücke zerreißen, als Volksmörder und Tyrannen hier zeitlich und dort ewiglich strafen wird, denn die Schrift sagt: was Gott vereinigt hat, soll der Mensch nicht trennen, und daß der Allmächtige, der aus der Einöde ein Paradies schaffen kann, auch ein Land des Jammers und des Elends wieder in ein Paradies umschaffen kann, wie unser teuerwertes Deutschland war, bis seine Fürsten es zerfleischen und schunden."

Weil das Deutsche Reich morsch und faul war und die Deutschen von Gott und von der Freiheit abgefallen waren, hat Gott das Reich zu Trümmern gehen lassen, um es zu einem Freistaat zu verjüngen. Er hat eine Zeitlang „den Satansengeln Gewalt gegeben, daß sie Deutschland mit Fäusten schlugen, er hat den Gewaltigen und Fürsten, die in der Finsternis herrschen, den bösen Geistern unter dem Himmel (Ephes. 6.) Gewalt gegeben, daß sie Bürger und Bauern peinigten und ihr Blut ausaugten und ihren Mutwillen trieben mit allen, die Recht und Freiheit mehr lieben als Unrecht und Knechtschaft." — Aber ihr Maß ist voll!

Sehet an das von Gott gezeichnete Scheusal, den König Ludwig von Bayern, den Gotteslästerer, der redliche Männer vor seinem Bilde niederzuknien zwingt und die, welche die Wahrheit bezeugen, durch meinedige Richter zum Kerker verurteilen läßt, das Schwein, das sich in allen Lasterpfützen von Italien wälzte, den Wolf, der sich für seinen Baals-Hofstaat für immer jährlich fünf Millionen durch meinedige Landstände bewilligen läßt, und fragt dann: „Ist das eine Obrigkeit von Gott zum Segen verordnet?"

Ha! du wärst Obrigkeit von Gott?
Gott spendet Segen aus,
Du raubst, du schindest, kerkerst ein,
Du nicht, von Gott, Tyrann!

Ich sage euch: sein und seiner Mitfürsten Maß ist voll, Gott, der Deutschland um seiner Sünden willen geschlagen hat durch diese Fürsten, wird es wieder heilen. „Er wird die Hecken und Dörner niederreißen und auf einem Haufen verbrennen.“

Jeſais 27, 4. So wenig der Hocker noch wächst, womit Gott diesen König Ludwig gezeichnet hat, so wenig werden die Schandtaten dieser Fürsten noch wachsen können. Ihr Maß ist voll. Der Herr wird ihre Körper zerfchmeißen, und in Deutschland wird dann Leben und Kraft als Segen der Freiheit wieder erblühen. Zu einem großen Leichenfelde haben die Fürsten die deutsche Erde gemacht, wie Ezechiel im 37. Kapitel beschreibt: „Der Herr führte mich auf ein weites Feld, das voller Gebeine lag, und siehe, sie waren sehr verdorrt.“ Aber wie lautet des Herrn Wort zu den verdorren Gebeinen: „Siehe, ich will euch Ader geben und Fleisch lassen über euch wachsen, und euch mit Haut überziehen, und will euch Odem geben, daß ihr wieder lebendig werdet, und sollt erfahren, daß Ich der Herr bin.“ Und des Herrn Wort wird auch an Deutschland sich wahrhaftig beweisen, wie der Prophet spricht: „Siehe, es rauschte und regte sich, und die Gebeine kamen wieder zusammen, ein jegliches zu seinem Gebein. — Da kam Odem in sie, und sie wurden wieder lebendig und richteten sich auf ihre Füße, und ihrer war ein sehr groß Heer.“

Wie der Prophet schreibt, also stand es bisher in Deutschland: eure Gebeine sind verdorrt, denn die Ordnung, in der ihr lebt, ist eitel Schinderei. Sechs Millionen bezahlt ihr im Großherzogtum einer Hand voll Leute, deren Willkür euer Leben und Eigentum überlassen ist, und die anderen in dem zerrissenen Deutschland gleich also. Ihr seid nichts, ihr habt nichts! Ihr seid rechtlos. Ihr müßet geben, was eure unersättlichen Presser fordern, und tragen, was sie euch aufbürden. So weit ein Tyrann blicket — und Deutschland hat deren wohl dreißig — verdorret Land und Volk. Aber wie der Prophet schreibt, so wird es bald stehen in Deutschland: der Tag der Auferstehung wird nicht säumen. In dem Leichenfelde wird sich's regen und wird rauschen, und der Neubelebten wird ein großes Heer sein.

Hebt die Augen auf und zählt das Häuflein eurer Presser, die nur stark sind durch das Blut, das sie euch ausaugen, und durch eure Arme, die ihr ihnen willenlos leihet. Ihrer sind vielleicht 10 000 im Großherzogtum und eurer sind es 700 000, und also verhält sich die Zahl des Volkes zu seinen Pressern auch im übrigen Deutschland. Wohl drohen sie mit dem Rüstzeug und den Reifigen der Könige, aber ich sage euch: Wer das Schwert erhebt gegen das Volk, der wird durch das Schwert des Volkes umkommen. Deutschland ist jetzt ein Leichenfeld, bald wird es ein Paradies sein. Das deutsche Volk ist ein Leib, ihr seid ein Glied dieses Leibes. Es ist einerlei, wo die Scheinleiche zu zucken anfängt. Wann der Herr euch seine Zeichen gibt durch die Männer, durch welche er die Völker aus der Dienfbarkeit zur Freiheit führt, dann erhebet euch, und der ganze Leib wird mit euch aufstehen.

Ihr büdelt euch lange Jahre in den Dornäckern der Knechtschaft, dann schwißt ihr einen Sommer im Weinberge der Freiheit und werdet frei sein bis ins tausendste Glied.

Ihr wühltet ein langes Leben die Erde auf, dann wühlt ihr euren Tyrannen ein Grab. Ihr bautet die Zwingburgen, dann stürzt ihr sie und bauet der Freiheit ein Haus. Dann könnt ihr eure Kinder frei taufen mit dem Wasser des Lebens. Und bis der Herr euch ruft durch seine Boten und Zeichen, wachet und rüftet euch im Geiste und betet ihr selbst und lehrt eure Kinder beten: „Herr, zerbrich den Stecken unserer Treiber und laß dein Reich zu uns kommen — das Reich der Gerechtigkeit. Amen.“

Georg Büchner.

Zeugen und Rufer.

Kannst du durch kämpfen nichts erreichen,
Mußt du dich fügen oder weichen. Hebbel.

Schlimmer als die Knechtschaft selber,
Ist der Knechtschaft Geist.

Verteidigen wir nicht jetzt, nicht auf der Stelle unsere Geistesfreiheit, so möchte es gar bald zu spät sein. (Fichte 1762—1814.)

Von allem, was da vorgeht, wundert mich nichts, und ich erwarte noch weit Heilloseres. Dennoch bin ich fröhlichen Mutes; denn ich weiß, daß nur aus dem unvollkommenen Ererbten das neue Leben hervorgeht. (Fichte 1762—1814.)

Die Kunst der Ueberzeugung genügt nicht immer. Am häufigsten müßte und muß man sich verträufen und abwarten, daß die harte Schule der Enttäuschung als Lehre dient, was sie besser besorgt, als es Vernunftgründe vermögen. Antonio Labriola.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.



Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 15

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
.: Amunderstraße Nr. 23. .:

Bremen, den 14. April 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Das Kompromiß von Gotha	Seite 113
Die Triebkräfte der russischen Revolution	" 115
Demokratie in den Genossenschaften	" 117
Zu Karl Erdmanns Buch über England und die Sozialdemokratie	" 118
Feuilleton:	
Das letzte Lied des alten Spielmanns. Von K. Weiser	" 120
Die Stimme der Völker. Von W. Bünger	" 120

Das Kompromiß von Gotha.

Am 7., 8. und 9. April wurde die Partei der Unabhängigen Sozialisten Deutschlands gegründet. Sie ist ein Kompromiß zwischen dem Parteizentrum und den Linksradikalen der Gruppe „Internationale“. Es unterlag nach den Artikeln, die Gracchus, einer der Führer der Spartacusgruppe im „Kampf“ veröffentlichte, keinem Zweifel mehr, daß die Gruppe den Anschluß an das Parteizentrum vollziehen werde. Alle prinzipiellen und taktischen Differenzen zwischen Zentrum und Linksradikalen, die im „Kampf“, in den Spartacusbriefen, in zahlreichen Flugblättern der Gruppe „Internationale“ mit hinreißender Schärfe, oft genug in schonungslosester Form hervorgehoben worden sind, traten zurück hinter dem Streben, eine organisatorische Einheit zu schaffen. Der Satz der Jenaer Jugendthesen, daß nur prinzipielle Klärung die Grundlage der organisatorischen Zusammenfassung bilden könne, wurde ebenso desavouiert, wie das Verhalten Liebknechts, der sich der Arbeitsgemeinschaft nicht anschloß und nicht anschließen konnte, wollte er seine eigene Politik, seine gesamte parlamentarische Tätigkeit während des Krieges nicht zur Farce herabwürdigen.

Welche Gründe haben die Gruppe „Internationale“ geleitet, diesen für die linksradikale Bewegung so verhängnisvollen Schritt zu tun? Ist einer unter den führenden Köpfen dieser Gruppe, der die Illusion hegt, die Arbeitsgemeinschaft könnte vorwärtsgetrieben werden, wenn der Druck einer linksradikalen Gruppe hinter sie gesetzt werde? Dann wäre nicht einzusehen, weshalb die Gruppe „Internationale“ nicht von Anfang an diese Taktik verfolgt hätte; dann wäre ihre Trennung von der Arbeitsgemeinschaft und den Zentrumsleuten ein einziger taktischer Mißgriff gewesen. Aber ganz sicher besteht diese Illusion nicht bei den Führern der „Internationale“. „Wenn es nach allem, was wir seit Jahr und Tag im Parlament und außerhalb desselben erlebt haben, eines neuen dokumentarischen Beweises bedurfte hätte, um die politische Impotenz, Ratlosigkeit und Hoffnungslosigkeit dieser sogenannten „Opposition“ auf

flacher Hand darzutun, so hat ihr offizielles Friedensmanifest aus der Feder Kautskys ein solches Dokument in klassischster Form geliefert.“ — „Eine neue Verschärfung des Krieges, eine Ausdehnung der Rüstungen, eine neue Auflage des Massenmordes — und das gerade durch den Friedensapostel Wilson — das sind die diplomatischen „Abrüstungsabkommen“ und internationalen „Schiedsgerichte“, auf die die Arbeitsgemeinschaft ihre Friedenspolitik als auf einen steinernen Felsen bastiert!“ — „Aber die verspätete Kopie der Wilsonschen Friedensbotschaft ist bei der Arbeitsgemeinschaft mehr als politische Impotenz: sie ist — was die Kautsky-Haase-Lebedour offenbar gar nicht begreifen können — eine glatte Preisgabe des Sozialismus“.

Den Führern der Gruppe „Internationale“, denselben, die den organisatorischen Anschluß an diese organisierte politische Impotenz, an die Nachzügler der Ebert und Scheidemann, mit Eifer propagiert haben, dürften diese Worte nicht ganz unbekannt sein. Und dennoch der organisatorische Zusammenschluß! Aus welchen Gründen? Will man in der Wohnung der Arbeitsgemeinschaft als gebudelter Mieter sitzen in der stillen Hoffnung, den Hauseigentümer eines Tages vor seine eigene Tür setzen zu können? Das Schicksal der Opposition in der alten Partei sollte Unwissende für alle Zeit wissend gemacht haben. Oder glaubt einer, daß die Haase und Lebedour zartfühlender seien als die Ebert und Scheidemann? Man erinnere sich der Worte, die Haase auf der Konferenz der Gruppe „Internationale“ an den Kopf warf:

Aber die Gruppe „Internationale“ verkalkuliert sich auch in jeder anderen Beziehung. Entweder führt sie in der neuen Partei den Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaft konsequent durch, dann wird die Spaltung die unmittelbare Folge sein; denn die Partei der Arbeitsgemeinschaft, die aufs neue erfahren hat, daß sie vorerst die Mehrheit der oppositionell gesinnten Elemente hinter sich hat, wird keine Veranlassung haben, ihr unbequeme Gäste unter ihrem Dache zu dulden. Die Gruppe „Internationale“ wird dann doch genötigt sein, die Gründung einer eigenen Partei vorzunehmen. Wenn aber die Gruppe „Internationale“ den Kampf gegen die S. A. G. nicht mit äußerster Energie aufnimmt, so wird sie in kürzester Zeit alles Vertrauen der Besten unter ihren Anhängern verloren haben, die sich dann von ihr lossagen werden, um die eigene linksradikale Partei zu gründen. Aber auch vor den äußeren Schwierigkeiten sichert der Zusammenschluß mit der S. A. G. die Linksradikalen nicht. Gerade der Kampf gegen das Zentrum

der Partei erfordert neben der Kritik die Entwicklung der positiven Forderungen der Linksradi- kalen, da das konterrevolutionäre Wesen des Parteizentrums sich in den praktischen Kämpfen am klarsten enthüllt wird. Organisatoren der Legalität aber, die sie sind, werden die Zentrumsleute alles zu verhindern trachten, was die Organisationen irgendwie aufs Spiel setzen könnte. Sie werden dabei vor den gewagtesten Mittel nicht zurückschrecken, durch die die Linksradi- kalen in die exponierteste Lage gedrängt werden, wenn sie es nicht von vornherein vorziehen, das Banner der linksradikalen Forderungen in frischer Initiative zu enthüllen.

So schließt die Gemeinschaft mit dem Parteizentrum nicht im mindesten vor den äußeren Schwierigkeiten; wohl aber hindert sie manchen Unentschiedenen unter den Linksradi- kalen, den Kampf mit aller Rücksichtslosigkeit zu führen. Es geht aber nicht an, im Spartacus die S. A. G. nach Strich und Faden zu vermöbeln und im „Kampf“ derselben S. A. G. gegenüber harmlos zu sein. Durch nichts wird die Verwirrung in den eigenen Reihen der Gruppe „Internationale“ größer als durch solches Doppelspiel.*

Aber auch das andere Moment, daß man nur in Verbindung mit der S. A. G. an die Arbeitermassen gelangen könne, die ihr noch Gefolgschaft leisten, trifft nur bedingt zu. Wir stehen heute inmitten einer völlig veränderten Situation. Innerhalb der deutschen Partei gibt es nach der Spaltung nicht mehr den gemeinsamen, historisch gewordenen Kampfboden, auf dem wir vor der Spaltung mit den Sozialpatrioten und der S. A. G. um die Köpfe der Arbeiter kämpften. Heute ist die Spaltung da und es gilt, sie so gründlich wie möglich zu betreiben. Auch den Sozialpatrioten laufen noch Arbeitermassen nach. Wollte man das Argument der Gruppe Internationale gelten lassen, so dürfte man auch den Bruch mit den Sozialpatrioten nicht vollzogen haben. In Wirklichkeit werden Sozialpatrioten wie Zentrumsleute noch lange gewisse Kreise der Arbeiterschaft hinter sich haben, Kreise nämlich, die auf Grund ihrer sozialen Lage, auf Grund der Aussichten, die ihnen die imperialistische Entwicklung oder das Bestehen großer legaler Arbeiterorganisationen bieten, für die Kampfmethoden der Linksradi- kalen vorläufig nicht zu haben sein werden. Der übrige Anhang der reaktionären Richtungen, der nur noch nicht klar sieht, der aber den Willen und die Kraft zum Kampfe hat, wird um so eher zu uns stoßen, je selbständiger wir den Kampf führen können.

Weit wichtiger aber als die innere Lage der Partei ist die internationale Situation. Ueberall breitet sich der Spaltungsprozeß mit den Zentrumsleuten vor, überall kompromittieren sich die Zentrumsleute durch die reaktionären Halbheiten ihrer Politik, in Rußland ruht die ganze Zukunft der Revolution auf der selbständigen Aktion der Bolschewiki — und in Deutschland stärkt die größte linksradikale Gruppe vor aller Welt das Prestige eines an Halbheiten, Widersprüchen, reaktionärem Gebahren bis

*Wir nennen diesen Fall nicht etwa als einen nur möglichen. Unsere Freunde aus Magdeburg z. B. sympathisieren augenblicklich mit der „Arbeiterpolitik“ weniger und mit dem Duisburger „Kampf“ mehr, weil jene den Kampf gegen die S. A. G. mit aller Schärfe, dieser aber dagegen mit Zurückhaltung führt. Wir empfehlen unseren Magdeburger Freunden sehr, bei der Gruppe „Internationale“ anzufragen, welches ihr wahres Verhältnis gegenüber der S. A. G. ist: das der Zurückhaltung im „Kampf“ oder das der äußersten Rücksichtslosigkeit im „Spartacus“.

über den Scheitel beladenen Zentrums durch den organi- satorischen Zusammenschluß mit ihm in einem unerhörten Maße. Ein größerer Verrat an den Helden einer revo- lutionären Bewegung, wie wir sie jetzt in Rußland erleben, wie sie sich in den westeuropäischen Ländern vor- bereitet, wurde noch nicht verübt, und er ist umso schwerer, als er basiert auf den kleinsten organisatorischen Rück- sichten.

Die neue Partei der Unabhängigen Sozialisten Deutschlands kann in ihrer jetzigen Form nicht lange bestehen. Entweder tritt die Gruppe „Inter- nationale“ alsbald geschlossen wieder aus oder sie spaltet sich. Es ist interessant genug, daß der Vertreter von Berlin 6 und die Vertreterin von Duis- burg, hinter der die Linksradi- kalen des gesamten Rhein- lands stehen, den Zusammenschluß mit dem Parteizentrum ebenfalls verwarfen. Sie fanden sich in dieser Auffassung mit den Vertretern von Hamburg und Bremen zusammen, nur ließen sie sich noch von organisatorischen Rücksichten der Gruppe „Internationale“ gegenüber leiten, und ver- mieden so den Bruch mit der Gruppe. Sie werden ihren Mitgliedschaften die Entscheidung anheimstellen und es wird sich bald genug zeigen, ob die Arbeiter dieser hoch- entwickelten Gegenden Weiblick genug besitzen, um die Notwendigkeiten zu erkennen, die die gegenwärtige Situation gezeitigt hat.

Nur die Bremer und Hamburger Delegierten traten für eine völlige Selbstständigkeit der Linksradi- kalen ein. Sie überreichten der Gruppe „Internationale“ bereits am Tage vor der Konferenz eine Erklärung, in der sie ihren Standpunkt propagierten. Die Erklärung lautete etwa so:

Erklärung.

Da das Zentrum der Partei und seine parlamentarische Ver- tretung, die Soz. A. G., sich von dem Sozialpatriotismus nicht grundsätzlich unterscheidet, so ist jedes organisatorische Zusammen- wirken mit dieser Richtung zu verwerfen. Es würde nur zur Ver- längerung der inneren Kämpfe führen, die der alten Partei die Stoßkraft nach außen nehmen.

Der Gedanke, innerhalb derselben Partei mit der A. G. eine selbständige, linksradikale Organisation mit völliger geistiger und praktischer Bewegungsfreiheit gründen zu können, ist als utopisch zurückzuweisen.

Die Linksradi- kalen können ihre Pflicht nur erfüllen als selbst- ständige, jeder Schwierigkeit spottende, von allen Fesseln grund- sätzlicher innerer Auseinandersetzungen mit der konterrevolutionären Richtung des Parteizentrums befreiten Organisation. Durch diese praktischen Kämpfe vollzieht sich ebenso die Aufklärung, wie die Sammlung der revolutionären Arbeitermassen am wirksamsten, nach- dem durch die vollzogene Spaltung der Partei der gemeinsame historische Boden des Kampfes nicht mehr vorhanden ist.

Wir verwerfen daher jedes organisatorische Zusammenwirken mit dem Parteizentrum und werden alles als Hemmung im Befreiungskampfe des Proletariats bekämpfen, was ein derartiges Zusammenwirken propagiert oder praktisch vollzieht.

Sollte die Gruppe „Internationale“ eine organisatorische Ver- bindung mit der A. G. in irgend einer Form eingehen, so werden wir genötigt sein, im vollen Gegensatz zu ihr die Gründung einer eigenen linksradikalen Organisation, der Internationalen Sozial- demokratie Deutschlands, vorzunehmen. Im anderen Falle erklären wir uns unter bestimmten, noch zu formulierenden Bedingungen zum organisatorischen Zusammenschluß mit ihr bereit.

Auf der Konferenz selbst erklärten sie:

Die Unterzeichneten erklären:

Die Konferenz hat ein organisatorisches Parteigebilde ge- schaffen, ohne vorerst gründlich die Frage zu prüfen, ob die für jede lebensfähige Organisation notwendige gemeinsame geistige Grund- lage gegeben ist. Allein schon die wenigen Ausführungen, die sich in der Richtung einer prinzipiellen und taktischen Auseinandersetzung bewegten, haben den Beweis erbracht, daß die Gegensätze zwischen

dem Zentrum der Partei und den Linksradi- kalen zu tief sind, so- daß ein organisatorisches Zusammenwirken unmöglich ist. Die Unter- zeichneten haben sich daher bei der Abstimmung über das Organi- sationsstatut der Stimme enthalten. Sie stellen ausdrücklich fest daß sie sich einer gemeinsamen Organisation zwischen Parteizentrum und Linksradi- kalen nicht anschließen werden. Sie bedauern, daß die Gruppe „Internationale“ sich auf den Zusammenschluß mit dem Parteizentrum einließ, ohne vorerst die geistige Klärung im vollen Umfange durchgeführt zu haben. Die Unterzeichneten halten nach wie vor die Gründung einer eigenen linksradikalen Organisation für notwendig und stellen fest, daß sie zu dem Zwecke die Konferenz besucht haben, um die Klärung zwischen Parteizentrum und Links- radikalen vorwärts zu treiben und so die organisatorische Samm- lung der äußersten Linken vorbereiten zu helfen. Sie werden nach dem Ergebnis der Konferenz mit gesteigerter Energie in dieser Richtung wirken. Sie betonen ausdrücklich, daß sie jede Aktion der neuen Partei, die auf dem Wege der Entwicklung der Massen- aktionen liegt, mit aller Kraft unterstützen werden.

Die Tagung von Gotha ist das Gegenstück jener denkwürdigen Einigungshandlung zwischen Lassalleanern und Eisenachern. Prinzipiell verwarfen die Arbeits- gemeinschaftler die Austragung der grundsätzlichen und taktischen Gegensätze zwischen den verschiedenen Rich- tungen. Was an den Anfang der Verhandlungen ge- hörte, tauchte ganz am Schluß auf; hier aber auch mit schneidender Schärfe und Kraft. In glänzender Analyse, überströmend von wichtigsten Argumenten, zog der letzte Redner der Gruppe „Internationale“ nach einem bankrotten Referat Ledebours über „unsere Aufgaben“ die Grenze zwischen Parteizentrum und Linksradi- kalen. Es war die Konstatierung eines unversöhnlichen Gegensatzes. Es war eine ebenso gründliche, wie in ihren Konsequenzen un- zweifelhafteste Stäupung der Rautsky, Haase, Ledebour, Bernstein, Eisner. Aber es war nicht der Geist der bekannten und unbekanntenen Führer der Gruppe „Inter- nationale“, der aus diesem Redner sprach, sondern es war der Geist Karl Radeks und der „Arbeiterpolitik“, der ihn besetzte und begeisterte, der ihm die Argumente gegen das Zentrum gab. So schloß die Konferenz mit einer helltönenden und weittragenden Fanfare. Sie wird in allen Landen vernommen werden und die Linksradi- kalen zum Sammeln in ihren eigenen Reihen rufen. Dann wird die Farce von Gotha durch das große historische Drama abgelöst sein, und an die Stelle des zaghaften Kom- promisses wird die Kühnheit der Tat treten.

Aus Versehen beim Zusammenstellen sind nachfolgenden Zeilen auf der 1. Seite ausgelassen. In der 2. Sp. 20. Zeile von unten muß gelesen werden: an den Kopf warf: Wenn ihr meint, ihr könntet usw.

Wenn ihr meint, ihr könntet unter unserem Dache Schutz suchen, könntet uns aber im übrigen nach Herzenslust bekämpfen, dann irrt ihr euch! Die neue Partei wird Disziplin fordern wie die alte, und sie wird sie umso rücksichtsloser fordern müssen, als die in ihr vereinigten heterogenen Elemente nur durch äußere Disziplin zu- sammengehalten werden können.

Die Gruppe „Internationale“ fürchtete, jetzt keine selbst- ständige linksradikale Partei gründen zu können wegen des Mangels an Kräften und wegen der sonstigen Schwierigkeiten. Wenigstens eine legale Partei zu schaffen sei unmöglich. Nun kann man aber nicht eher von einer Unmöglichkeit reden, bevor man nicht die Probe gemacht hat. Die Gruppe „Internationale“ war, gerade wenn sie solche Befürchtungen hegte, verpflichtet, den Versuch einer Partei- bildung zu unternehmen. Indem sie es unterließ, wich sie dem Kampf um die Gleichberechtigung mit den andern Parteien aus. Sie setzte dadurch selbst Zweifel in ihre- Tatkraft.

Die Triebkräfte der russischen Revolution.

3. Die Rolle der Arbeiterklasse.

Die treibende Kraft dieser Revolution, wie der des Jahres 1905, bildet die Arbeiterklasse. Die Gärung im Kleinbürgertum, das Streben der Bourgeoisie nach Macht, bildeten nur die günstigen Bedingungen, in denen das revolutionäre Drängen des Proletariats sich so schnell in Revolution umwandeln und vorerst dem Zarismus einen betäubenden Schlag versetzen konnte. Ohne Unterstützung des Kleinbürgertums in Land und Stadt wird das Pro- letariat die Revolution nicht siegreich durchführen können, und sollte es über die Bourgeoisie siegen, so wird es sich in einem agrarischen Lande wie Rußland ohne Hilfe der Bauern eine längere Zeit nicht behaupten können. Wir unterstreichen diese Momente einstmals nicht, zwecks Aufstellung einer Perspektive der Entwicklung — das wird die Aufgabe weiterer Artikel sein — sondern um zu zeigen, daß unsere Auffassung von der Rolle des Proletariats nicht aus Ueberhöhung seiner Kraft ent- springt. Wir sehen ihre Grenzen, aber das schafft nicht die Tatsache aus der Welt, daß die Bourgeoisie 1917 ebensowenig wie 1905 die treibende Kraft der Revolution war, daß es vielmehr, damals wie heute, die Arbeiter- klasse ist.

Die Revolution begann 1905 mit dem „Bittgang“ des Proletariats zum Zaren am 22. Januar und ihr Siegeslauf wurde beendet mit ihrer Niederlage im Moskauer Aufstand im Dezember 1905. Im Jahre 1906 suchte sie die eroberten Positionen in den blutenden Händen zu halten, aber die Stockprügel auf den Magen, die ihr das Kapital versetzte, die Füßluden des Zarismus warfen sie zu Boden.

Noch einmal richtete sich die Arbeiterschaft Peters- burgs auf, als die sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma vors zarische Gericht geschleppt wurden. Die Proletarier Petersburgs feuerten die letzten Patronen ab, um ihren Vertrauensmännern auf dem schweren Weg zuzurufen: Wir sind da! Dann aber senkte sich über das Proletariat die Finsternis der Konterrevolution, und nur aus den Gefängnissen kam Kunde von den Kämpfern, die aus seinen Reihen gerissen waren.

Wenn auch ein Teil der Sozialdemokratie, die Liquidatoren, kapitulierte, teils die Reihen der Partei verließ, teils annahm, die einzige Arbeit, die vor den Sozialdemokraten stehe, sei, allerhand legale Organisationen zu bilden, die allmählich der Arbeiterschaft erlauben würden, sich Positionen zu erringen im Rußland, das den Weg der bürgerlichen Revolution schon endgültig verlassen und den Weg langsamer bürgerlicher Entwicklung betreten hat, — so hielten die Radikalen der Partei, die Bolschewiki, ihre revolutionären Ziele aufrecht. So lange der Zarismus und die Bourgeoisie die Bauern nicht befriedigt haben, gilt es an dem Ziel der gewalt- samen Niederringung des Zarismus festzuhalten, den Kampf der Partei auf dieses Ziel, nicht auf Reformen einzustellen, alle legalen Positionen nur für diesen Zweck zu gebrauchen. Zwischen diesen zwei Standpunkten, den der Liquidatoren, die die Revolution als beendet, die Reform als nächste Aufgabe erklärten und dem der Bolschewiki, gab es eine mittlere, hauptsächlich von Trotzky repräsentierte Richtung, die zwar auf die Revolution nicht verzichtete,

aber im Kampfe um Teilreformen den Weg zu ihr sah. Als im Jahre 1912 dank der Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur die in den Jahren 1906-07 niedergeworfene Arbeiterbewegung wieder ihr Haupt zu erheben begann, als sie nach den Lenamegeleien stürmischen Charakter annahm, entschied der wirkliche Gang der Ereignisse über den Streit in der Partei. Die Mehrheit des Proletariats, die wirklich zu kämpfen anfing, stellte sich nicht die Reformierung des Zarismus, sondern seine Niederringung als Ziel. Sie wollte nicht einmal als Ausgangspunkt den Kampf um Reformen nehmen, sondern rückte dem Zarismus auf den Leib. Im Juli 1914, im letzten Monat vor dem Kriegsausbruch, konnte Poincare in Petersburg Barrikaden, demonstrierende Massen sehen. Vielleicht würde das Resultat dieser Kämpfe nur die Eroberung von Reformen sein, nicht der Sieg über den Zarismus, wenn der Krieg nicht alle Gegensätze so ungeheuer verschärft hätte. Aber auch dann würde die Geschichte alle die, die im Kampfe um die Reformen den Weg zur Revolution sehen, lehren, daß sie noch eine andere Dialektik kenne, als durch den Kampf um Reformen zur Revolution zu gelangen: die Reformen als Resultat des Strebens zur Revolution. Die Geschichte hat den Bolschewiks schon völlig Recht gegeben gegenüber den Liquidatoren, wie den Vermittlern. Wie recht sie in ihrer Politik der Trennung von den Liquidatoren hatten, zeigte die Umwandlung der Mehrheit der Liquidatoren in Sozialpatrioten.

Der Krieg hat die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe vorerst zurückgeworfen. Die antikriegeriße Haltung der Bolschewiks, ihre Propaganda des revolutionären Massenkampfes wurde von den Sozialpatrioten des Auslandes als bedeutungslos dargestellt: kleine Gruppen von Ideologen, verbittert gegen den Zarismus, die nichts zu verlieren haben. Selbst als aus Rußland Nachrichten vom Kampfe immer mehr wachsender Teile der Arbeiterklasse, von Munitionstreiks, Demonstrationen kamen, hielt man sie für symptomatisch, aber real genommen für bedeutungslos. Die Losung der Bolschewiks: Nicht Burgfrieden sondern Bürgerkrieg! schien manchem zentrierten „Realpolitiker“ eine Uebertreibung, die das Leben selbst korrigieren werde: es ist genug, wenn die Sozialdemokratie die Hände rein behält, keine Verantwortung übernimmt.

Jetzt steht Rußland im Bürgerkrieg, im buchstäblichstem Sinne des Wortes. Er ist gegen den Willen der Bourgeoisie ausgebrochen; unter dem Druck des Proletariats wurde der Zar abgesetzt und festgenommen, wurden die Schergen der Reaktion arretiert, wurde dem Großfürsten Nikolai Nikolajewicz das Oberkommando genommen. Das Proletariat rief sofort die Arbeiterdelegiertenräte ins Leben, dieses im Jahre 1905 aus den Massen herauswachsende Instrument ihres Kampfes, die direkte Vertretung der Klasse, es bewaffnet sich. Gegen wen? Gegen die noch lebendigen Kräfte des alten Regimes wie gegen das neue Regime der Bourgeoisie. Das neue Regime ist noch nicht gesichert vor einem Streich der Reaktion. Einstweilen ist nur der Zar besiegt, aber die Demokratie noch nicht durchgeführt. Ist es nicht zu früh, wenn schon jetzt die radikale Sozialdemokratie das Volk zum weiteren Kampfe rüstet, wenn sie weiter gehende Forderungen nicht nur auf dem Gebiete der Demokratie

— Republik — sondern auf sozialem Gebiete aufstellt: wenn sie den Achtstundentag für die Arbeiter, Grund und Boden für die Bauern fordert? Da sich diese Forderungen nicht nur gegen die früheren, sondern auch gegen die heutigen Machthaber richten, spricht die Entente-presse von der konterrevolutionären Aktion der Bolschewiks und der Arbeiterklasse überhaupt. Aber ein Blick auf die Kräfte der Reaktion und die äußere Lage der Revolution wird zeigen, daß die Revolution umsonst für die Arbeiterklasse und Bauern stattfand, wenn sie von der Sozialdemokratie als beendet erklärt würde.

4. Die Taktik der Arbeiterklasse.

„Da Rußland freudig das neue Regime begrüßt hat, ist es eine augenscheinliche Lächerlichkeit, von der Möglichkeit der Wiederherstellung der Herrschaft der Reaktion zu sprechen; aber die Extremisten (d. h. revolutionäre Sozialdemokraten, R. R.) bestehen darauf, daß es gefährlich ist, wenn die Arbeiter in die Fabriken, die Soldaten zu ihren Pflichten zurückkehren.“ — telegraphierte am 20. März der Korrespondent der Times, dessen Korrespondenzen trotz ihrer Pfüffigkeit noch die besten Einblicke in die gegensätzlichen Strömungen der Revolution gewähren. Und in einer offiziellen Note des Pariser „Temps“ vom 27. März heißt es: „Die jetzige Regierung hat wenig zu fürchten von einem reaktionären Rückschlag. Es scheint aber, daß sie von den Sozialisten zu fürchten hat, die sich revolutionär erweisen in der ganzen Bedeutung des Wortes“. Nicht das alte Regime, das Proletariat ist die Gefahr, das ist die Losung, die das Finanzkapital Englands und Frankreichs der russischen Bourgeoisie ausgibt. Und das ist auch ihr Standpunkt. Aber zu schwach, sofort mit dem Proletariat abzurechnen, sucht die russische Bourgeoisie es einzulullen mit dem ersten Teil der konterrevolutionären Losung, mit dem Freudenruf: das alte Regime ist tot!

Niemals haben die Kräfte der Reaktion ohne die verzweifeltste Gegenwehr die Waffen gestreckt. Die russischen Junker und Bürokraten werden es am wenigsten tun: Jahr für Jahr untergräbt die wirtschaftliche Entwicklung und ihre eigene Lotterwirtschaft sie ihre Grundlagen als halbfeudale Großgrundbesitzer; die Staatsmacht ist ihr letzter Rettungsanker. Für den Troß der bürokratischen Ausfänger und Diebe ist sie die einzige Quelle von Geld und Macht. Wollen sie nicht untergehen, so müssen sie auf Leben und Tod kämpfen. Sie wurden durch die Ereignisse überrumpelt, sind sich noch im Unklaren, was sie von einzelnen Truppenteilen zu erwarten haben. Sie wollen abwarten, bis die durch das Anwachsen der proletarischen Bewegung erschrockenen Bourgeois sich ihnen in die Arme werfen.

Kann sich das Proletariat dagegen durch „Mäßigung“ wehren? Nun, verzichtet es auf den Kampf um Brot, Freiheit und Frieden, dann werden ihm die jetzigen Bourgeois Lobreden spenden, sie werden sich gegen die Nikolajew halten können, aber die Arbeiter werden weiter bluten für den Imperialismus und am Schlusse mit leeren Händen ausgehen. Es gibt nur einen Weg der Sicherung gegen das alte Regime. Es ist die Verschonung und Verbarrikadierung der Revolution: politisch und sozial. Die soziale Revolution besteht darin, daß das Proletariat sich sofort bewaffnet, sofort die Wahlen zu den Kommunen der Städte erzwingt, den Verwaltungs-

apparat in die Hände nimmt, die Obdachlosen in die Wohnungen der Reichen bringt und gegen die Kriegswucherer drakonisch vorgeht. Die städtischen Verwaltungen müssen sofort die Bildung von Bauerngemeindevewaltungen anregen, die Bauern anspornen, sich in den Besitz des Grund und Bodens der Großgrundbesitzer zu setzen, ihnen Hilfskräfte zur Bebauung des Landes zur Verfügung stellen. Es wird Sache der großen Kommissionen und der Arbeiterdelegiertenräte sein, laut die Forderung zu erheben, daß Fabriken Ackergeräte liefern, daß Bauernsoldaten nach der Heimat beurlaubt werden zur Bestellung ihres Ackers. Das letzte ist unmöglich ohne Einstellung jeder offensiven Bewegung, die dem russischen Imperialismus Persien, Armenien, die Dardanellen sichern sollen ohne defensives Verhalten an der deutschen Front.

Und das führt zu den politischen Forderungen. Es ist die Forderung sofortigen Waffenstillstandes, von Friedensverhandlungen, der Achtstundentag, die Wahlen zur Konstituante auf Grund der allgemeinen, gleichen Wahlen für Mann und Frau, die Romanows vor Gericht, kann man sich stärkere Rufe vorstellen? Und wie der Kampf für alle diese Ziele aufrüttelnd auf das Proletariat wirken wird, so wird er die Arbeiter- wie Bauernmasse Rußlands so sehr mit den Geschicken der Revolution verketten, daß die Reaktion weder auf die Unauferklärtheit der Bauern, noch auf die Müdigkeit der Arbeiter rechnen können wird.

Ist das nicht ein „Plan“ revolutionärer Alchimisten, die in ihrer Stundierstube Rezepte aushecken? Wer aufmerksam das Wirrwarr der Telegramme liest, die die große Presse aus Petersburg bringt, der wird bemerkt haben, daß wir nur systematisiert haben, was die radikale Arbeiterschaft schon an Ort und Stelle unter dem Drang der Notwendigkeit durchführt. Selbst von der Forderung der Soldaten, daß ältere Jahrgänge zur Bestellung der Aecker entlassen werden, berichtete die „Times“ vom 24. März.

Es kann nicht anders sein. Das Proletariat muß suchen, den Sieg in seinem Interesse auszunutzen. Und diese Ausnützung des eigenen Sieges für die eigenen Interessen des Proletariats, das ist die Anarchie, Fanatismus, Extremismus der „unbekannten Redner“ aus dem Arbeiterdelegiertenrate, gegen die die Temps wie die Times so schimpfen. Antäus, der die Mutter Erde zu berühren sucht, um Kraft zu gewinnen!

Und weil es so ist, wird diese Schanzarbeit des Proletariats früher oder später zum Zusammenstoß mit der „neuen Regierung“ der imperialistischen Bourgeoisie führen, wobei sie sich mit den Männern des alten Regimes zusammensinden wird. Das Proletariat erstrebt momentan den Sturz der neuen Regierung nicht, es will sich nur gegen ihre langen Finger wehren, die ihm alle Früchte des Sieges nehmen wollen. Aber weil es sich der „neuen Regierung“ der alten Ausbeutung nicht auf Gnade und Ungnade ausliefern will, wird es nach aller Voraussicht zwischen ihm und ihr zum Kampf auf Leben und Tod kommen.

Sein Ausgang wird von der Wirkung abhängen, die die russische Revolution auslöst.

Demokratie in den Genossenschaften.*

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine wird in der nächsten Woche in unserer Stadt seine Jahresversammlung abhalten. Auch sie wird wie ihre Vorgängerinnen zeugen von der gewaltigen Macht die heute schon die Genossenschaftsbewegung der Arbeiterklasse darstellt. Unsere Zeit der Feuerung, der Ausraubung der Massen durch die herrschenden Kapitalscliquen fordert organisierten Widerstand der Konsumenten immer lauter heraus. Daß dieser Ruf nicht verhallt ist, daß die Arbeiterklasse ihre Macht als Konsument ebenso tüchtig und erfolgreich wie als Produzent zu gebrauchen weiß, das beweist der gegenwärtige Stand der Genossenschaftsbewegung. 1200 Genossenschaften mit 1600 000 Mitgliedern sind gegenwärtig dem Verband angeschlossen. 30 000 Angestellte stehen unmittelbar im Dienste dieser gewaltigen Organisation, in der im letzten Jahre ein Umsatz von 675 Millionen Mark erzielt wurde. Ein Netz von Verkaufsläden ist über ganz Deutschland ausgespannt und mächtig hat sich die eigene Produktion entwickelt, die immer neue Produktionszweige erobert. Das ist ein glänzendes Bild von der Kraft und dem Machtwillen der deutschen Arbeiterklasse. Die aufgeklärte Arbeiterschaft ist der lebendige Träger dieser Bewegung, ihr in erster Linie ist die machtvolle Entfaltung jener wirtschaftlichen Kräfte zu danken. Aber gern wird man auch die Latkraft, Umsicht und Erfahrung jener Männer anerkennen, die in der Zentrale wie in den einzelnen Genossenschaften die Leitung in den Händen haben.

In der Tat, wenn es gilt, ein Urteil über die Geschäftstüchtigkeit und das Organisationstalent dieser Männer zu fällen, die die treibenden Kräfte in der Masse der Konsumenten in ein großes Strombett leiteten, dann wird man sagen können: 1a. Inwiefern darf uns die Freude über das Errungene nicht den kritischen Blick trüben und uns nicht abhalten, auch das zu sehen, was weniger erfreulich ist. In den letzten Jahren haben sich allzu oft Dinge ereignet, die schwere Bedenken über den Kurs in der Genossenschaftsbewegung wecken. Da wäre hinzuweisen auf die fortschreitende Versimpelung der theoretischen Erkenntnis in den leitenden Kreisen, die die bürgerlichen Auffassungen eines Wilbrandt kritisch und vorbehaltlos zu Reklamezwecken benutzt, die zuletzt zu der wunderbaren Definition des Professors Staudinger geführt hat, der in der Genossenschaft eine Unternehmerorganisation sieht, und die darauf ausgeht, die Genossenschaftsbewegung aus dem Zusammenhang mit der allgemeinen Arbeiterbewegung herauszureißen. Im Vertrauen auf die gesunde Kraft der Arbeiterklasse und den ehernen

* Dieser Aufsatz wurde im Juni 1914 in der „Bremer Bürgerzeitung“ veröffentlicht. Er wurde von einem unserer Freunde geschrieben, auf dessen Mitarbeit wir jetzt leider verzichten müssen. Die hier gegebene Kritik hat in der Kriegszeit nichts von ihrer Berechtigung verloren. Im Gegenteil ist sie durch die Vorgänge während des Krieges noch erhärtet worden. Wir erinnern an die kurzichtig-egoistische und arbeitserfindliche Stellung zur Frage der Nacharbeit der Bäcker und an den Eintritt Dr. Müllers in den Dienst der Regierung mit seinem eigenartigen Kampf gegen die Kritik an der Lebensmittelpolitik. Wenn wir trotzdem von Anhängern des Parteicentrums vor einem „Hineintragen des Parteitrets in die Genossenschaften“ warnen hörten, so kann uns das nur veranlassen, die Frage der Genossenschaftspolitik erst recht aufzurollen.

Zwang der Tatsachen könnte man vielleicht über diese Erscheinungen hinweggehen. Doch dieser Gleichmut muß verschwinden gegenüber dem Schwinden proletarischen Geistes, das sich in der Praxis zeigt. Wir weisen nur hin auf die mannigfachen Differenzen der Verlagsanstalt Kaufmann u. Co. mit den Buchdruckern, bei denen sich offenbarte, wie tief jene Staudinger'sche Auffassung in dem Gedankengange der Genossenschaftsleitungen Wurzel gefaßt hat.

Wir sind weit entfernt, nun deshalb die leitenden Kreise einfach zu verdonnern, denn wir wissen, daß jene üblen Erfahrungen zum guten Teil ihre Erklärung in der Entwicklung der Verhältnisse finden. Hier wie auch anderwärts in der Arbeiterbewegung zeigt sich das starke Uebergewicht der Bürokratie über die von ihr geleiteten Massen. Daß Differenzen daraus entstehen, ist unvermeidlich. Nirgends aber ist dieses Uebergewicht stärker als in der Genossenschaftsbewegung. Hier ist der Kontakt zwischen den Arbeitermassen und ihrer Führung viel geringer als in der politischen und der gewerkschaftlichen Bewegung. Hier werden keine Kämpfe geführt, die Führer und Truppen zusammenschweißen und zugleich ihre beständige gegenseitige Kontrolle notwendig machen. Die Kontrolle wird immer geringer und die Genossenschaftsleitungen werden unabhängiger. Dazu kommt die Eigenart der genossenschaftlichen Arbeit. Die Konsumvereine sind hineingeworfen in das kapitalistische Getriebe, dessen Methoden sie nicht ohne weiteres entsagen können. Hier gilt es, die Konjunkturen auszunützen, jede Gelegenheit zu erklimmen, jeden Vorteil zu erraffen. Das fordert selbstständige Entscheidungen, bei denen kaum Leute mitreden können, die nicht vollkommen mit den Dingen vertraut sind. Je mehr Aufgaben in den Bereich der genossenschaftlichen Arbeit hereingezogen werden, je stürmischer diese Entwicklung vor sich geht, je größer die daraus folgende Differenzierung des Betriebes ist, umso unabhängiger müssen die Leitungen von den Massen werden. Um so stärker wird aber auch ihr Machtbewußtsein. Was im wesentlichen das Werk der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse und des Erstarkens der Arbeiterbewegung ist, erscheint den Leuten an der Spitze nur zu leicht als ihr Werk, für das sie verantwortlich sind, das ohne sie und gegen ihren Willen weder so groß geworden wäre, noch sich günstig weiter entwickeln kann. Das alles könnte bestehen, ohne daß sich Differenzen ergeben müßten.

Solange sich die Genossenschaft entwickelt, werden Mitglieder und Leitungen gleichermaßen befriedigt. Aber die Genossenschaften stehen nicht nur mit dem Kapitalismus im Kontakt, sie können sich seinem Einfluß auf ihr inneres Wesen nicht entziehen. Der Gegensatz zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft zeigt sich auch hier. Die Genossenschaften sind auf der einen Seite den allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Produktion unterworfen, auf der anderen Seite ist in den Arbeitern der Trieb nach Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse mächtig. Je mehr sich die Leitung unabhängig gemacht hat, je größer der Umfang des Betriebes, je mehr der Geschäftsgeist die treibende Maxime geworden, umso klaffender muß der Gegensatz zwischen Angestellten und Leitung werden, umso schroffer die Formen, in denen er ausgetragen wird.

In der Zentrale in Hamburg ist diese Entwicklung

am weitesten gediehen. Sie wird in letzter Zeit noch besonders gefördert durch gewisse Umwälzungen im Innern des Betriebes. In die Augen springend ist vor allem die scheinbare Dezentralisierung der Unternehmung in den Zentralverband, die Großeinkaufsgesellschaft und die Verlagsgesellschaft. Diese Dezentralisierung wird noch weiter gehen, die Gründung einer Bankaktiengesellschaft ist schon in Aussicht genommen. Diese verschiedenen Unternehmungen haben eine getrennte Verwaltung, ihre natürliche Einheit wird nur wieder hergestellt durch die Personalunion einiger Leute, die jeweils als Geschäftsführer, Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder tätig sind, die allein den Zusammenhang der Geschäfte zu erkennen vermögen und deren Selbständigkeit damit ungeheuer gefördert wird. Gewiß ist diese Differenzierung und gleichzeitige Zusammenfassung der Spitzen des Unternehmens eine Notwendigkeit, die sich auch weiter durchsetzen wird, aber umso bedenklicher müssen ihre Folgen sein. Dazu kommt bei der Zentrale, daß die vorhandenen Kontrollinstanzen nicht unmittelbar aus den Mitgliederkreisen der Gewerkschaften hervorgehen, sondern aus der, sagen wir einmal: mittleren Bürokratie.

Was das bedeutet, mag eine kleine Geschichte von der letzten Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft zeigen. Dort war ein Antrag gestellt worden, dem Aufsichtsrat für die Anstellung der Geschäftsführer nicht mehr eine untere und obere Gehaltsgrenze vorzuschreiben, sondern diese Vereinbarung dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat frei zu überlassen. Ein Teilnehmer äußerte kurz einige Bedenken gegen diese Maßregel, worauf der Referent erwiderte: „Sie alle, meine Herren, wünschen ja in Ihrem Konsumverein dieselbe Maßregel für sich selbst, also müssen Sie das erst einmal bei uns einführen.“ Der Antrag wurde nach dieser durchschlagenden Begründung gegen verschwindend wenige Stimmen angenommen. Nun ist es gewiß nicht von großer Bedeutung, ob die Herren Kaufmann und Müller 12 000 oder 20 000 Mk. Einkommen haben. Proletarisch ist keines von beiden. Aber es zeigt sich, wie die Unabhängigkeit von der Masse der Mitglieder selbst in diesen persönlichen Verhältnissen wächst. Und diese Unabhängigkeit bekommt ihre stärkste Stütze durch die Tatsache, daß sich diese obersten Leiter nicht jährlich zur Wiederwahl zu stellen haben, sondern auf lange Jahre angestellt sind und nur bei nachzuweisender Pflichtwidrigkeit entlassen werden können. Nach alledem ist es kein Wunder, wenn diese obersten Spitzen der Genossenschaftsbürokratie bestrebt sind, nach und nach eine Autokratie in den Genossenschaften zu etablieren.

Zu Karl Erdmann's Buch über England und die Sozialdemokratie.

Zu einem Buch, das andere Ansichten vorträgt als die meinigen, habe ich mir erlaubt, ein Geleitwort zu schreiben und es zu empfehlen, in der Absicht und zu dem Zweck, ihm Leser auch in solchen Kreisen zu verschaffen, die auf meinen Namen etwas geben und das Buch sonst vielleicht nicht beachtet haben würden. Darob sind in der Öffentlichkeit die wüsten Angriffe gegen mich gerichtet worden. Der ehrenwerte Vorwärts kann sich die Sache natürlich auf keine

andere Weise erklären, als daß ich bestochen sein muß. Das würde mich in meiner Ruhe nicht stören, denn ich weiß seit Jahren, daß es für einen anständigen Menschen eine Ehre ist, vom Vorwärts wie überhaupt von den offiziellen Instanzen der ehemals sozialdemokratischen Partei mit Dreck beworfen zu werden. Aber auch sonst hat manch einer den Kopf dazu geschüttelt. Zwar daß ich mich wirklich verkauft hätte glaubt kein Mensch, auch die nicht, die so tun, als ob sie es glaubten. Und es fällt mir nicht ein, mich gegen einen solchen Vorwurf zu verteidigen. Das wäre unter meiner Würde. Aber viele, die es gut mit der Sache meinen, werden sich mein Tun nicht erklären können, und es ist mir deshalb ein Bedürfnis, meine Gründe öffentlich darzulegen. Ich hoffe, dabei manchem etwas zu sagen, woran er vielleicht noch nie gedacht hat.

Ueber den Ort, wo ein Sozialdemokrat etwas veröffentlichen darf, haben früher mehrere Parteitage Beschlüsse gefaßt. Ich habe solche Beschlüsse stets für überflüssig gehalten. Denn ich sagte mir, wenn die Sache heilig ist, der wird von selbst darauf achten, sie in keiner Weise zu schädigen, sondern immer zu fördern. Ich habe an und für sich nie etwas dagegen einzuwenden gehabt, daß ein Sozialdemokrat nicht nur im Berliner Tageblatt, sondern auch in der Kreuzzeitung und wo es ihm sonst beliebt, schreiben darf, vorausgesetzt, daß er stets sozialdemokratisch schreibt. Nur weil es mir sicher war, daß solche Blätter doch niemals etwas sozialdemokratisches aufnehmen würden, daß also der Ort einen Zwang ausüben müßte auf den Inhalt des Schreibens, habe ich mich Jahrzehnte lang sorgsam von der Mitarbeit an nichtsozialdemokratischen Organen ferngehalten. Was aber ist dabei heraus gekommen? Die Herren von der anderen Seite haben ungeniert unbekümmert um Parteitagebeschlüsse für sich und ihre Sache durch Benutzung der bürgerlichen Presse eine ungeheure Reklame gemacht, und wir sind ins Hintertreffen gekommen. Es ist dies mit ein Grund dafür, daß sie heute die Macht haben, die Opposition aus der Partei zu drängen und alle Einrichtungen der Partei in ihren Händen zu behalten. Ich habe aus diesen Vorgängen gelernt und lasse mir heute über den Ort, wo ich schreiben und reden darf, keine Vorschriften mehr machen. Ich schreibe und rede überall wo ich zu Worte kommen kann, unter der einzigen Voraussetzung, daß man mich schreiben und reden läßt, was ich will. Das ist hier der Fall gewesen, und damit ist die Frage, ob ich an dieser Stelle etwas schreiben durfte, erledigt. Wer aber deswegen doch noch Bedenken haben sollte, den fordere ich auf, sich erst einmal mit dem Genossen Eduard Bernstein auseinanderzusetzen, der viele Jahre lang regelmäßiger Mitarbeiter des Berliner Tageblattes gewesen ist und darum doch heute zu den Führern der Opposition zählt.

Für mich kommt es darauf an, was ich geschrieben habe. Und es ist noch niemand aufgetreten, der zu behaupten gewagt hätte, daß in dem Geleitwort irgend etwas im Widerspruch stünde mit meinen allgemein bekannten Ansichten, wie ich sie immer vertreten habe. Ich habe auch hier nicht umgelernt, sondern habe deutlich betont, daß meine Ansichten von denen des Verfassers in vielem wesentlich abweichen und daß ich speziell meinem Urteil über England und über den U-Bootkrieg nicht bestimme. Es hat mich deshalb höchst sonderbar berührt, daß Genosse Dittmann in einer Besprechung des Buchs (in der Bergischen Arbeiterstimme zu Solingen, Nr. 56 vom 7. März 1917) zwar nicht direkt das Gegenteil behauptet, wohl aber den gegenteiligen Anschein erweckt. Für eine ehrliche Kampfesweise kann ich das nicht anerkennen.

Wenn ich aber diese Ansichten Karl Erdmanns nicht teile, wenn ich die Aufforderung zum verschärften U-Bootkrieg nicht mit-

machen will, wie durfte ich dann seinem Buch zu einer weiteren Verbreitung verhelfen? Das ist die eigentliche Sünde, die man mir vorwirft, und hierauf will ich antworten.

Einmal stehen in dem Buch denn doch noch eine ganze Menge anderer Dinge. Vor allem die ausgezeichnete Abfertigung des treulosen Umfalls der Sozialdemokratie in den meisten beteiligten Ländern. Dies kann, meine ich, den Volksmassen garnicht oft und garnicht deutlich genug gezeigt werden. Sodann ist Erdmann allerdings für den verschärften U-Bootkrieg, aber doch wahrhaftig nicht um des Krieges willen, sondern um des Friedens willen! Er hofft, dadurch den Krieg abzukürzen, schneller zum Frieden zu gelangen.

Was hierauf zu erwidern, weiß ich so gut wie einer und denke nicht damit hinter dem Berge zu halten. Nach meiner Auffassung darf sich ein Sozialdemokrat für keine Form des Krieges ins Zeug legen, und zwar aus Gründen des Sozialismus. So wird selbst für späterhin die Völkerverbrüderung erschwert und auf lange hinaus verhindert. Und ob die größere Anstrengung auf der einen Seite zum schnelleren Frieden führt oder nicht vielleicht zu entsprechend größerer Anstrengung auf der anderen Seite und dadurch zur Verlängerung des Krieges und zur Vergrößerung des Hasses, das ist mir zum mindesten sehr zweifelhaft.

Das ist es, was auf Erdmann's Ausführungen zu antworten wäre. Wer aber so denkt, der muß dann jede direkte wie indirekte Beihilfe zur Kriegführung ablehnen (zum allermindesten jede, die über das Maß dessen hinaus geht, wozu man ihn zwingt, wie etwa zum Militärdienst und zur Munitionsarbeit). Nur wenn man die Dinge so betrachtet, kann man zwar nicht mir, wohl aber dem Genossen Erdmann einen Vorwurf aus dem machen, was er geschrieben hat. Wer aber die Dinge so betrachtet, was sagt denn der zu den Haase, Ledebour und Genossen, die drei oder viermal Kriegskredite bewilligt haben? Und die auch seither die Kredite nicht aus Grundsatze ablehnen, sondern aus Zweckmäßigkeitsgründen (siehe ihre Erklärung im Reichstag am 21. Dezember 1915 und ihre Broschüre über die Bildung der Arbeitsgemeinschaft). Der grundsätzliche Standpunkt war zerissen in dem Augenblick, als — nicht die Heine und David, von denen niemand etwas anderes erwartet hatte — sondern die Männer der heutigen Arbeitsgemeinschaft Kriegskredite bewilligten. Und nun soll ich es dem Genossen Erdmann als Verbrechen ankreiden wenn er sagt: der grundsätzliche Standpunkt ist einmal aufgegeben, Beihilfe zum Kriege hat die Sozialdemokratie einschließlich der Arbeitsgemeinschaft nun einmal geleistet, nun wollen wir sehn ob nicht durch schärfste Anspannung der einmal entfesselten Kräfte das Unglück schneller beseitigt werden kann! Seine Schlussfolgerung widerstrebt dem sozialistischen Prinzip um nichts mehr, als die — zur Tat gewordenen — Schlussfolgerungen der Haase und Ledebour. Ja, ich möchte auch das noch hinzufügen: so wenig ein Sozialdemokrat nach meiner Meinung für irgend eine Form des Krieges eintreten darf, so wenig hat die Ablehnung des U-Bootkrieges mit Sozialismus zu tun. Wenn ich die guten Leute jetzt die Verantwortung für den U-Bootkrieg ablehnen oder jammern höre, so habe ich stets den Eindruck, daß sie ihre eigenen Gewissensbisse über tönen wollen. Sie haben einmal gegen das sozialistische Prinzip gesündigt, aber nun möchten sie es wenigstens nicht „allzu sehr“ getan haben. Dem Beginn des Krieges haben sie ihren Segen erteilt, vor den notwendigen Folgen möchten sie ihre Hände in Unschuld waschen.

Aber wird denn nicht eine solche Empfehlung, wie ich sie geschrieben, „Verwirrung gestiftet“ haben? Müßte ich nicht voraussehen, daß sie „gegen die Opposition ausgeschlachtet“ werden würde?

— Hier kommen wir an den Punkt durch den ich mich von der ganzen übrigen Opposition unterscheidet.

Wenn heute der Graf Reventlow zu mir käme und mich bäte, ihm zu helfen, daß er seine Ansichten den Leuten, die zu mir Vertrauen haben, selbst vortragen kann, damit sie so zu hören kriegen, wie er selbst sie ihnen sagen will — schriftlich oder mündlich — und nicht bloß in der Form verstümmelter Berichte, ich würde seine Bitte auf der Stelle erfüllen. Das würde ich schlechthin für demokratische Pflicht ansehen. Und ich würde meine Hilfe nicht davon abhängig machen, daß er statt seiner Ansichten etwa meine vorträgt. Ein für alle Mal: ich schreibe und rede für denkende Menschen. Ich will nicht, daß die Leute eine Ansicht deshalb annehmen oder ablehnen, weil ich sie ihnen empfehle oder widerrate; ich will also nicht, daß sie mir nachbeten sollen. Sondern sie sollen sich selbst ein Urteil bilden. Dazu aber müssen sie die verschiedenen Ansichten kennen lernen und zwar am besten in der Fassung ihrer Urheber selbst. Die sozialdemokratische Organisation vor dem Kriege war aber zum größten Teil aufs Nachbeten eingestellt, und wer heute aus der Empfehlung eines Buches, das andere Ansichten enthält, „Verwirrung“ befürchtet, der stellt seine Agitation auch wieder aufs Nachbeten ein. Das mache ich nicht mit, denn darin sehe ich gerade den Grund des kläglichen Zusammenbruchs der Sozialdemokratie. Mit Ingrimms denke ich noch heute daran, wie hier gefündigt worden ist. So hat z. B. im Frühjahr 1914 der Vorwärts die Schrift des Oberleutnants Frobenius „Des Deutschen Reiches Schicksalsstunde“ in höchst wegwerfender Weise kritisiert, sodaß ich in den Glauben versetzt wurde, es handle sich um eine tendenziöse Sudelei, die zu lesen sich nicht lohne. Wie war ich erst aunt, als ich nach Kriegsausbruch die Schrift vornahm und eine gründliche, sorgfältige, in jeder Hinsicht ausgezeichnete Arbeit vorfand, die nur den einen Fehler hatte, Ansichten vorzutragen, die der Vorwärts — und ich mit ihm — für falsch hielt! Der Vorwärts hatte mich also hinters Licht geführt. Warum? Weil er es verhindern wollte, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei das Buch lesen, weil er „Verwirrung“ fürchtete. Ich dagegen will, daß die Sozialdemokraten alle ehrlichen Meinungen kennen lernen und dann selbst entscheiden, was sie glauben und was sie tun wollen.

Zum Schluß noch eins. Ich mache gar kein Geheimnis daraus, daß ich die Abfassung des Geleitworts auch deshalb übernommen habe, weil ich nicht von vorn herein das Zusammenarbeiten mit Leuten ablehnen wollte, die zwar in vielen und wesentlichen Ansichten sich von mir unterscheiden, die aber ehrlich etwas tun wollen für den Frieden, für die internationale Verständigung, für die Völkerbrüderung, und die, obgleich sie niemals Mitglieder der sozialdemokratischen Partei gewesen sind, dennoch mehr echten Sozialismus im Herzen tragen, als so mancher der lautesten sozialdemokratischen Wortführer.

Berlin-Lichterfelde, 12. März 1917.

Anmerkung der Redaktion. Die vorstehende Erklärung des Genossen Borchardt ging uns bereits vor einigen Wochen zu sie mußte aus Raumrücksichten bis heute zurückgestellt werden. Wir bringen die Erklärung zum Abdruck, weil dem Genossen Borchardt die gesamte Parteipresse zu seiner Rechtfertigung verschlossen blieb. Was den Inhalt seiner Erklärung betrifft, so vermag er in keinem Punkte unsere Auffassung zu erschüttern, daß die von Borchardt propagierte Toleranz praktisch in eine direkte Unterstützung des Imperialismus ausläuft. Auch Borchardt durfte über diese Wirkung seiner Handlung nicht im Zweifel sein. Für uns ist der Fall damit erledigt. Wir betonen aber nochmals mit allem Nachdruck, daß die Methode Borchardts den Interessen des Proletariats zuwiderläuft und daß wir sie, wo immer wir ihr wieder begegnen mögen, mit äußerster Schärfe entgegentreten werden.

Feuilleton

Das letzte Lied des alten Spielmanns.

Was sammelt ihr Gegner euch um mich her,
Was droht ihr von allen Seiten? —
Hurra! Ihr zwingt mich zur Tat und Wehr,
Und des Mannes Heil heißt: Streiten.

Wie oft schon sah ich mein irdisch Glück
Vor mir in den Abgrund sinken,
Und wandte doch immer wieder den Blick
Nach des ewigen Zieles Blinken.

Wie oft schon quälte mich herbe Not,
Mit Hungern und mit Frieren,
Doch immer zwang mich ihr Gebot
Mein letztes Selbst zu verlieren!

Ich blieb im Elend stolz und grad
Mit ungebeugtem Rücken,
Und schritt empor den Dornenpfad
Trotz aller Feindestücken.

Ich wuchs mit jedem Kampfestag
In meinem Innern nur höher —
Und jeder schwere Schicksalsschlag
Brachte dem Ziel mich näher.

Mich stählt das Leid, mich hebt der Drang,
Mich fördern die Widerlager, —
Und droben jauchzt' ich den Siegesgesang,
Ein freier Weltverlacher!

Karl Weiser.

Die Stimmen der Völker.

Wer hat den grausamen Krieg entfacht,
Das furchtbarste Völkerzerfleischen —
Wer hat uns in Trauer und Elend gebracht
Mit rücksichtslos, kriegerischem Kreischen?
Wer hat den Neid und den Haß entrollt,
Der die Völker der Welt mußt gefährden?! —
Wir haben den schrecklichen Krieg nicht gewollt,
Wir streben nach Frieden auf Erden!

Wer trägt die Schuld an dem fliehenden Blut,
Die Verantwortung für alles Vernichten? —
Wer schüret die Zwietracht zu rasender Blut,
Nicht achtend der menschlichen Pflichten?
Wer ist's, der dem Nachbar als Todfeind so grollt
Und dem Volke bringt Lasten, Beschwerden?! —
Wir haben den schrecklichen Krieg nicht gewollt,
Wir streben nach Frieden auf Erden!

Ein jeder vermeint sich im sicheren Recht —
Der glühende Haß tief im Herzen
Den grimmigen Zorn und den Zwist nimmer schwächt,
Er vergrößert die Qualen und Schmerzen.
Das Volk in wachsender Not ringsum grollt
Den schlängengiftigen Gebärden,
Wir haben den schrecklichen Krieg nicht gewollt,
Wir erstreben den Frieden auf Erden. —

Den Frieden, der die Menschheit vom Jammer befreit,
Und sie eint in Lieb' und Vertrauen,
Der mit heuchelnder Lüge und Habgier und Neid
Nicht die Völker entsetzt voller Grauen.
Bernehmet die Stimme, die dem Donner gleich rollt,
Die beredteste Stimme hienieden:
Wir haben den schrecklichen Krieg nicht gewollt,
Wir wirken vereint für den Frieden! —

W. Bünger.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.



Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 16

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
: Amunderstraße Nr. 23. :

Bremen, den 21. April 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Die Konferenz von Gotha	Seite 121
Die Kriekräfte der russischen Revolution	122
Demokratie in den Genossenschaften (Schluß)	124
Die Sozialdemokratie Schwedens gespalten.	
Von E. N. Carleson	125
Feuilleton:	
Völkerfrühling. Von Manfred Harger	127
Zeugen und Rufen	128
Springer. Epilog von Ferd. Freiligrath	128

Die Konsequenz von Gotha.

In doppelter Hinsicht hat sich die Lage in der sozialistischen Bewegung Deutschlands im Laufe dieses Jahres völlig geändert. Als nach der Januarkonferenz der Opposition die Spaltung der Sozialdemokratie eintrat, war dem Kampf um die Macht innerhalb der Partei, der sich in den Formen der theoretischen Auseinandersetzungen vollzog, der gemeinsame historische Boden entzogen worden. Die Spaltung der Partei hatte eine Fülle verschiedenartigster organisatorischer Situationen geschaffen, in denen sich jetzt die Auseinandersetzung zwischen dem Parteizentrum und den Linksradikalen vollziehen mußte. Diese Auseinandersetzung, die ihren Ursprung bereits in den Debatten über die russische Revolution und den Massenkrieg, also lange vor dem Kriege, hatte, wurde jetzt von aktuellster Bedeutung. Sie war gleichzeitig aus dem Stadium der Theorie in das der organisatorischen Praxis getreten.

Die Linksradikalen standen vor der Frage, ob sie, in der Erkenntnis, daß die Gegensätze zwischen sich und dem Parteizentrum unüberbrückbar sind, ein organisatorisches Kompromiß, mit der ausgesprochenen Absicht, eine neue Spaltung der Opposition herbeizuführen, eingehen, oder ob sie die Gründung einer eigenen linksradikalen Organisation vornehmen wollten. Die Meinungen hierüber gingen in den Reihen der Linksradikalen auseinander, und innerhalb der Gruppe „Internationale“ selbst traten die Gegensätze scharf zutage. Wer den Duisburger „Kampf“ in den letzten Monaten verfolgte, konnte erkennen, wie klar sich diese Gegensätze in diesem „Zentralorgan“ der Gruppe „Internationale“ wider-

spiegelten. Die Duisburger selbst vertraten mit Entschiedenheit den Standpunkt der Vonselbständigung, während die Berliner Leitung der Gruppe, ihr voran Grachus, mit derselben Entschiedenheit für den Anschluß an das Parteizentrum eintrat.

Es ist gewiß kein Zufall, daß diese Gegensätze innerhalb der Gruppe „Internationale“ bestehen. Sie bestanden bereits vor dem 7. Januar in einer anderen Frage: die der Gruppe angeschlossenen Linksradikalen von Duisburg, Frankfurt a. M., Dresden propagierten die Austrittsbewegung, während die Berliner Leitung in Übereinstimmung mit uns den Kampf gegen die Sozialpatrioten zunächst innerhalb der Gesamtpartei ausgetragen wissen wollten. Mit den Duisburger Genossen stimmten wir aber wieder in der Auffassung von der Notwendigkeit der Spaltung und ihrer Propaganda überein, während hier wieder ein neuer Differenzpunkt zwischen den Duisburger Genossen und uns einerseits und der Berliner Leitung der Gruppe „Internationale“ andererseits bestand. Durch alle die verschiedenartigsten taktischen Gegensätze unter den Linksradikalen zieht sich aber wie ein roter Faden die Stellung zu der Frage: wie verhalten wir uns zum Zentrum der Partei? Die Duisburger und die ihnen angeschlossenen rheinischen Genossen sind sich von Anfang an mit uns völlig darin einig gewesen, daß der Bruch auch mit dem Parteizentrum erfolgen müsse, ja, die Austrittsbewegung war nur der kräftigste Ausdruck dieser Auffassung. Die Berliner Leitung der Gruppe „Internationale“ dagegen hat von allem Anfang an sich nur sehr schwer und sehr langsam für die Trennung vom Zentrum der Partei entschließen können.

Als die „Lichtstrahlen“ die Gegensätze zwischen den beiden oppositionellen Richtungen bereits mit aller Schärfe hervorhoben und die Notwendigkeit der Spaltung auch mit den Zentrumsleuten propagierten, bestand zwischen der Gruppe „Internationale“ und den Ledebouristen noch lange die einträchtigste Arbeitsgemeinschaft. Es haben sich während der ganzen Zeit ihrer Existenz innerhalb der Gruppe „Internationale“ zwei deutlich voneinander unterschiedene Flügel bemerkbar gemacht.